

BASis Info 3/2014

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

4.4.2014

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

nach 100 Tagen Großer Koalition können wir Sozialdemokraten sicher und selbstbewusst sagen: Wir setzen die Themen in dieser Koalition, wir bringen unsere SPD-Projekte voran. Wenn sich manch ein Journalist in Berlin fragt, was die SPD eigentlich in der restlichen Zeit bis zur nächsten Wahl macht, kann ich nur sagen: Keine Sorge, wir haben noch viel vor. Jetzt gilt es aber erst einmal, unsere laufenden Vorhaben bis zur Sommerpause im Bundestag abzuschließen. Das wird ein echter Kraftakt in sieben Sitzungswochen. Deshalb machen wir jetzt Tempo.

Das Rentenpaket haben wir gestern in 1. Lesung im Bundestag beraten (s. Seite 3). Es folgen das EEG (bei dem sich Wirtschaftsminister Gabriel bereits mit den Ländern geeinigt hat) und das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie - mit dem Mindestlohn. Und die nächsten Projekte stehen schon vor der Tür, vor allem die Frauenquote und die Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechtes. Wir haben es geschafft, dass

die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder zukünftig entfällt. Die vereinbarte Beweislastumkehr vermeidet bürokratische Hürden. Angesichts der starken Widerstände in der Union ist der jetzt gefundene, praktikable Kompromissvorschlag ein großer Erfolg. Sicher können wir noch nicht alle Erwartungen erfüllen, aber wir verbessern ganz konkret die Lebenssituation vieler junger Menschen. Wichtig ist für mich natürlich, dass bei all den Projekten und dem Tempo die Interessen der Menschen in Duisburg nicht zu kurz kommen (s. Seite 2).

Wir haben auch nicht vergessen, dass eine lebendige Demokratie eine starke Opposition braucht. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir in dieser Woche zusammen mit den Grünen eine Einigung bei den Minderheitenrechten im Bundestag erzielt haben. Die Geschäftsordnung wird jetzt für die 18. Wahlperiode geändert, damit die Opposition z.B. Untersuchungsausschüsse einsetzen kann - auch wenn sie weniger als 25% der Abgeordneten stellt. Bei den Untersuchungssau-

schüssen herrscht in wichtigen Ausnahmefällen aber ohnehin Einigkeit: Nach den guten Erfahrungen mit dem parteiübergreifenden NSU-Ausschuss hat sich gestern im Auftrag aller Bundestagsfraktionen der neue NSA-Untersuchungsausschuss konstituiert. Das Parlament spricht mit einer Stimme und das ist ein starkes Zeichen.

Parallel dazu läuft die Neuaufstellung der SPD-Bundestagsfraktion weiter auf Hochtouren. Fast alle Abgeordneten und Referenten haben jetzt ihre Arbeitsräume und nach gefühlten 500 Vorstellungsgesprächen sind wir auch beim Personal voran gekommen. Am heutigen Freitag steht jetzt auch meine erste - offizielle - Rede als Parlamentarische Geschäftsführerin (PGF) auf der Personalversammlung der Fraktion an. Und Montag geht es im Bundestag mit einer Haushaltswoche weiter.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Zuwanderung: Bund erkennt Probleme in Duisburg an

Die Bundesregierung erkennt endlich die Probleme an, welche die massive Zuwanderung von sudosteuropäischen EU-Bürgern in Städten wie Duisburg verursacht. Das ist das Fazit des vom Bundeskabinetts beschlossenen Zwischenberichts eines Staatssekretärs-Ausschusses.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Die Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung und darf nicht in Frage gestellt werden. Die deutsche Wirtschaft profitiert in hohem Maße von der Zuwanderung qualifizierter und arbeitswilliger Unionsbürger.

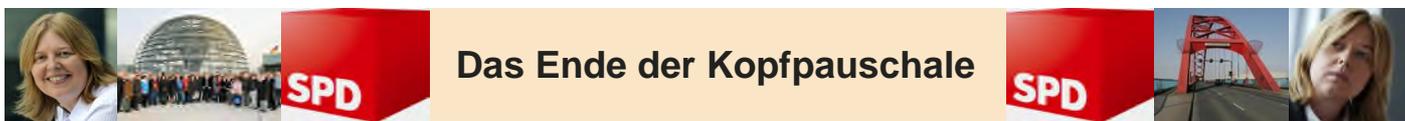
Um die Zuwanderer aus Südosteuropa besser integrieren zu können, will der Bund in den kommenden Jahren rund 200 Mio. Euro mobilisieren. Die letzte Bundesregierung hat die Probleme lange ignoriert. Mit der SPD-Regierungsbeteiligung hat sich das nun geändert. Der

Bund will nun die betroffenen Städte unterstützen. Das ist auch das Ergebnis des hartnäckigen Einsatzes der SPD-Duisburg. Wir haben auf allen Ebenen massiv für neue Gelder und Ideen geworben. Der Zwischenbericht ist ein erster Erfolg.

Konkret finanziert der Bund in Duisburg neue, modellhafte Integrationskurse. Neben Sprachlehrern werden auch Sozialpädagogen die Kurse betreuen. Es soll nicht nur Deutsch gelehrt werden, sondern auch bei der Bewältigung des Alltags und der Eingliederung in die Gesellschaft geholfen werden. Für Duisburg wird das Projekt ein weiterer Baustein sein, um die innerstädtischen Probleme in den Griff zu bekommen. Die Bürger und die Stadt leisten Enormes, um die Zuwanderer willkommen zu heißen und einzugliedern. Deshalb setze ich mich gemeinsam mit der SPD-Duisburg weiter bei Bund und Land für eine bestmögliche finanzielle Unterstützung ein.

Der Bericht der Bundesregierung liefert erstmals einen Überblick über die Gesamtsituation der Zuwanderung aus Südosteuropa. Der größte Anteil der Zugewanderten sind demnach qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige. Überdurchschnittlich viele Zuwanderer bestreiten ihren Lebensunterhalt selbst. Sie tragen somit zum Wohlstand in unserem Land bei. Als Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben sie zudem das Recht, zur Arbeitsuche nach Deutschland zu kommen.

Konzentriert sich die Zuwanderung - wie zum Beispiel in Duisburg - massiv auf einzelne Stadtteile, ist sie natürlich deutlich schwerer zu bewältigen. Der Herausforderung müssen sich Bund, Länder und Kommunen stellen. Deshalb enthält der Bericht auch Vorschläge, wie für eine Einhaltung der sozial-, steuer-, aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Vorgaben gesorgt werden kann.



Das Ende der Kopfpauschale

Das Kabinetts hat in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf „Zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ beschlossen. Dieser Beschluss bedeutet einen Erfolg, für den wir als SPD lange gekämpft haben: Die Kopfpauschalen werden endlich abgeschafft!

Kopfpauschalen gehen zu Lasten von Rentnerinnen und Rentnern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit kleinem Einkommen. Auch hier zeigt sich: Es macht einen Unterschied, ob Sozialdemokraten Regierungspolitik mitgestalten – oder nicht. Allerdings mussten wir im Koalitionsvertrag auch ein schmerzhaftes Zugeständnis machen:

Künftige Beitragssteigerungen werden zunächst nur von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern zu tragen sein, die Arbeitgeber bleiben vorerst geschont. Wir Sozialdemokraten werden uns auch hier an den Koalitionsvertrag halten – so wie wir dies auch von unserem Koalitionspartner bei den Beratungen zu Rente und Mindestlohn erwarten.



Neues am Ende

Duisburger Impulse am 29.04.: „Das neue Rentenpaket“

Mit dem Rentenpaket schließt die SPD Gerechtigkeitslücken. Zum 1. Juli soll das Gesetz in Kraft treten, zuvor möchten wir alle Fragen zur Rente mit 63, Mütterrente, Erwerbsminderungsrente oder zur Erhöhung des Reha-Budgets mit Ihnen diskutieren. Deshalb lade ich Sie zu meiner Duisburger Impulse-Veranstaltung „Das neue Rentenpaket“ am 29.04. (Dienstag) um 18.15 Uhr in den Kleinen Prinz ein.



Gabriele Lösekrug-Möller

Gastrednerin ist Gabriele Lösekrug-Möller, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Mahmut Özdemir, MdB, übernimmt die Zusammenfassung der Publikumsdiskussion.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen und können sich in meinem Wahlkreisbüro anmelden unter: 0203/48869630 oder baerbel.bas@wk.bundestag.de.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++07.-11.04.: Haushaltswochen im Bundestag+++

gegen den VfL Osnabrück+++

+++01.05.: 150 Jahre SPD Duisburg - Mercatorhalle+++

+++20.04.: Heimspielsieg für den MSV im Spiel um Platz 4

+++30.04.: Arbeitnehmerempfang im Rathaus+++

+++Alle meine Termine unter www.baerbelbas.de+++

Mein Tagebuch

Bevor es wieder heißt „Die Sozis können nicht mit Geld umgehen“, habe ich bei der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion jetzt ein neues Amt angenommen. Anfang März haben mich die Kolleginnen und Kollegen einstimmig zu Schatzmeisterin gewählt.

Meine Stipendiatin für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) 2012/2013, Hannah Niemann, hat ihre USA-Zeit in

ihrem Erfahrungsbericht schön umschrieben: „Ich habe so viele tolle Erfahrungen gesammelt, Freude kennen gelernt und ein zweites Zuhause gefunden“. Also: Voraussichtlich ab Mai beginnt die Bewerbungsphase für das Jahr 2015/2016.

Mein Heuschnipfen ärgert mich in diesen Tagen sehr. Nur gut, dass ich als PGF häufig im Plenarsaal sitzen muss. Das scheint der pollenärmste Platz in Berlin zu sein.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607
baerbel.bas@bundestag.de / www.baerbelbas.de